

TRIUMPH DER FRAUEN?

*Das weibliche Antlitz
des Rechtspopulismus
und -extremismus in
ausgewählten Ländern*

02

*Fallstudie
Vereinigtes Königreich und der Brexit
Juliane Itta & Nicole Katsioulis*

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**
Forum Politik
und Gesellschaft

TRIUMPH DER FRAUEN? DIE STUDIENREIHE

Weltweit setzt sich das Erstarken rechtspopulistischer Parteien der vergangenen Jahre fort – in den meisten Ländern ist diese Entwicklung männlich dominiert und Rechtspopulisten werden vor allem von Männern gewählt. Doch auch eine neue Generation von Frauen ist in rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen aktiv – sie bilden sozusagen das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus. Und in der Gunst der Wählerinnen holen diese Parteien stark auf – ein neues Phänomen, dachte man doch lange, dass Frauen eher immun gegenüber rechten politischen Angeboten sind. Doch welche geschlechter- und familienpolitischen Positionen und gesellschaftlichen Tendenzen stehen dahinter? Kann es sein, dass sich hier politisch ein Triumph der Frauen zeigt?

Das fragten wir, zugegeben provokativ, bereits mit unserem ersten Band der 2018 von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Publikation *Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe*. Wir setzen diesen ersten Band nun mit einer Reihe von Teilstudien in loser Folge fort. Das liegt nicht nur an dem großen Interesse, das der Studienband bis heute in der Öffentlichkeit und Fachwelt hervorgerufen hat. Als Stiftung der Sozialen Demokratie ist es uns seit unserer Gründung ein wichtiges Anliegen, antidemokratische Tendenzen und Entwicklungen im Blick zu behalten und darüber aufzuklären, um mit diesem Wissen eine offene und demokratische Gesellschaft zu stärken.

Die Studienreihe *Triumph der Frauen?* nimmt dabei einen besonderen Blickwinkel ein: Die Länderstudien untersuchen rechtspopulistische (und vereinzelt rechtsextremistische) Parteien und ihre Programmatik in der Familien- und Geschlechterpolitik. Hierbei steht die Frage im Vordergrund, welche Politikangebote bei Wählerinnen verfangen und Parteien im rechten Spektrum wählbar machen. Wie brechen sich antifeministische Positionen Bahn? Zudem werden einzelne geschlechterpolitische Themen untersucht, erreichte Stimmenanteile analysiert sowie die Rolle weiblicher Führungsfiguren und Gegenbewegungen beleuchtet.

Während der erste Studienband Länder aus Europa in den Blick nahm, weitet die neue Studienreihe den Blick und analysiert einzelne Länder und Themen weltweit. Wo schaffen es rechtspopulistische Parteien, neben der Diskurshegemonie über Flucht- und Migrationsthemen auch Debatten in der Familien- und Geschlechterpolitik diskursiv zu verschieben oder gar zu prägen? Und treffen die sozialpolitischen Angebote auf Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit breiter Wähler_innenschichten?

Wie auch immer die Antworten auf diese Fragen ausfallen, uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass sich progressive Akteur_innen über diese Herausforderungen verständigen und gemeinsam den Kampf gegen das Auseinanderdriften und Spaltungen in unseren Gesellschaften angehen.

Dr. Stefanie Elies und Kim Krach
Forum Politik und Gesellschaft
Friedrich-Ebert-Stiftung

FALLSTUDIE VEREINIGTES KÖNIGREICH UND DER BREXIT

VON JULIANE ITTA UND NICOLE KATSIOLIS

// Das Ergebnis des Brexit-Referendums in Großbritannien im Juni 2016 wird prägend sein für die künftige Entwicklung des Landes. Der Weg zu dieser Abstimmung und der Umgang mit dem Ergebnis sind ein Beispiel dafür, wie marginale rechtspopulistische Parteien die politische Agenda eines Landes dominieren können, ohne je eine Wahl zu gewinnen (vgl. Bale 2019). Daher konzentriert sich dieser Beitrag auf den Brexit als rechtspopulistisches Vehikel zur Veränderung einer Gesellschaft. Im Folgenden werden nicht nur die rechtspopulistischen Parteien selbst in die Beobachtung einfließen müssen, sondern auch die konservativen Tories, die deren Agenda übernommen haben und nun implementieren. Wir gehen dabei der Frage nach, welchen gesellschaftspolitischen Einfluss der Brexit und der politische Aufstieg seiner Befürworter_innen auf Frauen- und Geschlechterpolitik nehmen (könnten) und welche Rolle Frauen im Erstarken der Populisten oder auch im Kampf gegen sie spielen.

Die britische Gesellschaft befindet sich seit dem Referendum, als sich 52 Prozent der Brit_innen gegen die britische EU-Mitgliedschaft entschieden haben, in einem Zustand der konstanten Polarisierung. Das Referendum war das Ergebnis eines Siegeszugs der rechtspopulistischen, EU-skeptischen Partei UK Independence Party (UKIP) über Jahre hinweg. Ihre Erfolge trieben die konservative Tory-Partei so lange vor sich her, bis diese fast alle Forderungen der Populisten übernahm. Die Mobilisierungskraft der Brexit-Frage ist auch vier Jahre nach dem Referendum ungebrochen: Die Brexit-Partei des ehemaligen UKIP-Vorsitzenden Nigel Farage gewann im Mai 2019 – nur sechs Wochen nach ihrer Gründung – die meisten Stimmen in den Wahlen zum Europäischen Parlament.¹ In den Unterhauswahlen am 12.12.2019 gelang es den Konservativen unter Führung von Boris Johnson, das »Leave«-Votum, also die Wähler_innen, die für den Brexit gestimmt hatten, hinter sich zu vereinen und mit dem Slogan »Get Brexit Done« die absolute Mehrheit zu gewinnen. //

¹ Das britische Mehrheitswahlssystem erschwert es kleineren oder neuen Parteien, die keine regional konzentrierte Wählerschaft haben, einen Wahlkreis zu gewinnen und sich in der britischen Parteienlandschaft zu etablieren. Dies hat zur Folge, dass es bisher keiner rechtsextremen Partei gelungen ist, eine signifikante Anzahl von Sitzen im britischen Parlament zu gewinnen. Obwohl die Brexit-Befürworter der United Kingdom Independence Party (UKIP) in den Parlamentswahlen 2015 drittstärkste Kraft mit 12,5 Prozent der Stimmen wurden, gewannen sie im Mehrheitssystem lediglich einen Sitz. Für Randparteien waren deshalb die Wahlen zum Europaparlament die beste Chance, ihre Stimmenanteile in Parlamentssitze umzuwandeln. In den Europawahlen 2014 wurde die UKIP stärkste Kraft und gewann 24 der 73 britischen Sitze. Seitdem sich die Partei unter der Führung von Gerard Batten deutlich radikalisiert hat, hat sich der Mainstream-Einfluss der Partei jedoch stark reduziert. Sie konnte weder in den Lokalwahlen noch in den Europawahlen 2019 Wähler_innen mobilisieren – in ihrer Rolle als führende Anti-Establishment- und Anti-EU-Kraft wurde die UKIP 2019 von der im April 2019 neu gegründeten Brexit-Partei abgelöst, die bei den letzten Europawahlen 2019 deutlich gewonnen hat.

Die Definition dessen, was mit Brexit – dem Austritt aus der EU – schlussendlich gemeint ist, obliegt damit einer Partei, die sich seit dem Referendum immer stärker an den Positionen der rechtspopulistischen Parteien zur EU orientiert hat. In der Debatte um den EU-Ausstieg spielten Frauenrechte oder Gleichstellung kaum eine Rolle. Stattdessen dominierten Immigration, Souveränität und die Ökonomie die Debatte. In der Folge wird die Vision eines von der EU losgelösten Großbritanniens mit einer an die USA angelehnten Handelspolitik, deregulierten Märkten und Freihäfen, sprich Steueroasen, propagiert. Allerdings birgt dies das Risiko, dass Frauen um bislang durch EU-Gesetzgebung garantierte Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsrechte fürchten müssen. Gleichzeitig wird deutlich, dass der wirtschaftliche Abschwung, ausgelöst durch Corona und Brexit, Frauen in vielerlei Hinsicht stärker treffen wird als Männer. Bereits jetzt leiden sie disproportional unter der rigorosen Sparpolitik der Regierungen seit 2010. Der Brexit ist daher keine lediglich abstrakte Frage der Mitgliedschaft in der EU, sondern hat das Potenzial, die britische Gesellschaft nicht nur politisch im Sinne seiner rechtspopulistischen Erfinder zu verändern.

1. Brexit, Frauen- und Gleichstellungsrechte

Seit den Unterhauswahlen am 12.12.2019 ist klar, dass Premierminister Boris Johnson das Land auf einen harten Brexit zusteuert. Das bedeutet, dass die Regierung in den Verhandlungen die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Großbritanniens vor einer engen Partnerschaft mit der EU priorisiert und sogar ein No-Deal-Szenario in den Raum stellt. Diese Entwicklung ist kein historischer Zufall, sondern dem Umstand geschuldet, dass die Tory-Partei sich im Laufe des vergangenen Jahrzehnts zunehmend die Brexit-Agenda der UKIP mitsamt ihrer rechtspopulistischen Aufladung zu eigen gemacht hat. Die Vorgeschichte geht bis in die 1990er Jahre zurück, als die UKIP begann, ein Referendum über die britische EU-Mitgliedschaft zu fordern. Mit dem steigenden Einfluss der UKIP, die ihre Wähler_innen insbesondere aus den Wahlkreisen der Tories in Südengland und der Labour-Partei in Nordengland und Wales gewann, geriet die konservative Partei zunehmend unter Druck. Ironischerweise konnte die UKIP vor allem deshalb an Zugkraft gewinnen, weil sie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament Sitze erobern konnte, die ihr im britischen Mehrheitswahlsystem verwehrt waren.

Die Partei von Farage nutzte dabei die EU-Skepsis als sichtbarstes Element einer Programmatik, die von Immigrationsfeindlichkeit, Elitenhass und Emotionalisierung, aber auch von Gegnerschaft gegenüber »Political Correctness« geprägt war. Damit war es ihr möglich, sowohl in den ökonomisch bessergestellten, älteren Wähler_innenschichten der Konservativen als auch in den ärmeren Arbeiterklassenschichten von Labour Zugewinne zu erzielen. Der Effekt auf die beiden großen Parteien war aber unterschiedlich und betraf die Konservativen stärker. Zwar war die EU-Mitgliedschaft für die Tories selbst ein seit Jahrzehnten umstrittenes Thema, aber kein Parteichef hatte es gewagt, dies zu einer entscheidenden Frage werden zu lassen. Die Erfolge von UKIP und Anti-EU-Kampagnen der rechten Presse machten ein Durchhalten dieser ambivalenten Haltung der Konservativen immer schwieriger. Daher versprach der damalige konservative Premierminister David Cameron 2013 ein Referendum, sollte bis 2017 keine Reform der EU nach britischen Vorstellungen möglich sein. Er versprach sich davon vor allem innerparteilichen Frieden, auch weil er bei seinem Versprechen nicht damit rechnete, in eine Situation zu kommen, dieses auch einlösen zu müssen.² Aber nach der Wahl 2015, die Cameron mit absoluter Mehrheit gewann, konnte er sich aus dieser Position nicht mehr herauswinden. Nach intensiven Verhandlungen mit der EU, bei denen die Briten unter anderem strengere Einwanderungsregeln für EU-Bürger_innen und ein Vetorecht gegen Gesetzesvorhaben der EU forderten, erreichte Cameron im Februar 2016, dass die EU Zugeständnisse machte. Allerdings wurden diese Verhandlungen von »Leave«-Befürwortern, an vorderster Stelle natürlich Nigel Farage und seiner UKIP-Partei, aber auch vom damaligen Londoner Bürgermeister und Abgeordneten Boris Johnson als gescheitert betrachtet. Um den Machtkampf innerhalb der Konservativen zu beenden und das Thema EU-Austritt abzuschließen, setzte Cameron für Juni 2016 ein Referendum an, bei dem die Brit_innen über die EU-Mitgliedschaft abstimmten. Entgegen allen Erwartungen des Premierministers, aber auch der Meinungsforschungsinstitute entschieden sich 51,9 Prozent für einen EU-Austritt.

² 2013 war Cameron in einer Koalition mit den Liberaldemokraten und ging davon aus, dass dies auch nach 2015 der Fall sein werde. Diese Partei würde einem solchen Referendum nie zustimmen, so dass er von seinem Versprechen entbunden wäre.

Der Haken des Referendums war, dass die genaue Ausformung des Austritts und das künftige Verhältnis zur EU ungeklärt blieben, eine Tatsache, die in der Folge der Abstimmung erst wirklich deutlich wurde. Denn die toxische Mischung, die sich unter dem Deckmantel des Brexits vereint hatte, ist eine rechtspopulistische Agenda in Reinform (vgl. Iakhnis et al. 2018). Sie besteht erstens aus einer gehörigen Portion Nationalismus und Nativismus; das Wohlbefinden des eigenen Landes wird anderen vorangestellt. Zudem wird suggeriert, dass nationale Lösungen besser und kostengünstiger sind als die Teilnahme an internationalen Foren. Die Kampagne für den Austritt versteckte die nationalistische Einfärbung geschickt unter dem Terminus »Souveränität«, der inzwischen zur Begründung für beinahe jede Forderung der Brexiteers geworden war. Zweitens enthält der Brexit eine tiefe Elitenfeindlichkeit und Dichotomisierung zwischen Volk und Establishment, wobei dies wahlweise in Brüssel oder London angesiedelt werden kann. Dies bediente exemplarisch Michael Gove, als er Sachargumente von Wissenschaftler_innen mit dem Hinweis abbügelte, dass die »Menschen genug haben von Expertinnen« (Portes 2017). Drittens wurde unter dem Mantel des Brexits eine zutiefst fremdenfeindliche Rhetorik betrieben, die sich nicht zuletzt in dem beschämenden Plakat der Flüchtlinge an der ungarischen Grenze ausdrückte (vgl. Stewart/Mason 2016). Interessanterweise wurde in Umfragen nach dem Referendum deutlich, dass weitere Motive eine Rolle für das »Leave«-Votum spielten. Bei der Frage nach schlechten Einflüssen gaben mehr als drei Viertel der »Leave«-Wähler_innen Multikulturalismus und Sozialliberalismus an, 74 Prozent nannten Feminismus (vgl. Lord Ashcroft 2019).

Die ungenügende Ausformung der genauen Bedeutung des Brexits in Verbindung mit dem gewonnenen Referendum gab populistischen Politikern wie Farage und Johnson einen Blankoscheck für die Durchsetzung ihrer eigenen Agenda. Denn jeder andere Versuch, den Austritt aus der EU zu gestalten, beispielsweise in Form der Anbindung nach dem Vorbild von Norwegen oder der Schweiz, konnte von den Gralshütern des Brexits als Verrat deklariert werden. Daran scheiterte auch die Premierministerin

Theresa May in ihrem Versuch, ein Austrittsabkommen auszuhandeln. Ihr sinnentleertes Slogan »Brexit means Brexit« wurde ihr in dem Sinne zum Verhängnis, als dass die Initiatoren die inhärente Elitenfeindlichkeit immer so wenden konnten, dass sie die Einzigen waren, die Definitionsvollmacht für den Brexit haben. Darin liegt auch die Gefahr für die britische Gesellschaft in den kommenden Jahren.

Wählerinnen und Brexit

Beim Referendum stimmten 55 Prozent der Männer und 49 Prozent der Frauen für den EU-Austritt. Weibliche Wählerinnen entschieden sich also zu 51 Prozent für den Verbleib und Männer, wenn auch mit knapper Mehrheit, für den Austritt. Obwohl sich das Wahlverhalten damit nicht stark unterschied, ist die Dimension »Gender« relevant, um die populistische Polarisierung der britischen Gesellschaft sowie die Bedeutung und Folgen des Brexits zu verstehen.

Warum haben also 49 Prozent der Frauen für den Brexit gestimmt? Immerhin birgt der EU-Austritt potenziell negative Folgen für Frauen und ihre Rechte (siehe unten). Auf der Suche nach den Ursachen des Brexit-Votums haben sich verschiedene Narrative etabliert: Brexit als Gegenreaktion zur Austeritätspolitik; Brexit als Revolte der Arbeiterklasse gegen das Establishment; Brexit als fremdenfeindlich motivierter, nostalgischer Sehnsuchtsort nach den Tagen des vergangenen britischen Empire (vgl. Hozic/True 2017; Lawson 2018). All diese Narrative besitzen eine gewisse Erklärungskraft für die Entscheidung von Wähler_innen.

Was lässt sich aber spezifisch über die Wählerinnen im Referendum aussagen? Die Befürworter_innen des Brexits bestritten ihre Kampagne mit dem berühmt gewordenen Slogan »Wir senden der EU 350 Millionen Pfund pro Woche. Lasst uns stattdessen unseren NHS finanzieren«³. Der NHS (National Health Service) ist das staatliche Gesundheitssystem, das als ikonische Errungenschaft der Nachkriegsjahre breite gesellschaftliche Unterstützung genießt. Für viele Frauen, die den staatlichen Gesundheitsdienst als Priorität für sich und ihre Familien ansehen oder selbst im NHS beschäftigt sind, stellte eine

³ Original: »We send the EU £350 million a week. Let's fund our NHS instead«.

bessere Finanzierung des Dienstes zum damaligen Zeitpunkt ein überzeugendes Argument dar. Dies scheint umso plausibler in Anbetracht der disproportionalen Auswirkungen von staatlichen Kürzungen auf Frauen.

Darüber hinaus spielten Themen, die Frauen traditionell als wichtig einstufen, oder Frauen selbst – ob als Expertinnen oder Betroffene – in der Referendumskampagne kaum eine Rolle. Eine Studie der Universität Loughborough stellt fest, dass über die sechs Wochen der Kampagne 85 Prozent der Presseberichte und 70 Prozent der Fernsehbeiträge aus Beiträgen von Männern bestanden. Der Diskurs wurde fast ausschließlich von einem kleinen Kreis der männlich geprägten britischen Elite geführt und dominiert. Diese Männer, wie der damalige Premierminister David Cameron und der damalige Londoner Bürgermeister Boris Johnson, die in demselben Dunstkreis privater Eliteschulen und universitärer Debattierclubs sozialisiert wurden, trugen ihre parteiinternen Rivalitäten nun auf nationaler Bühne aus. Durch diese Monopolisierung der Debatte wurden die Stimmen von Frauen und Menschen anderer Gesellschaftsschichten ignoriert und komplexe Themen unter der Rhetorik des »harten Brexits« zusammengefasst. Hozic und True beschreiben den Brexit folglich als das Produkt eines »geschlechtsspezifischen innerelitischen Konflikts«⁴ und als gezielt entfachten Skandal, der von der persönlichen Rivalität zwischen David Cameron und Boris Johnson befeuert wurde und von strukturellen Problemen im Vereinigten Königreich ablenken sollte.⁵

Frauen waren nicht nur als Akteurinnen kaum vertreten, auch die Auswirkungen des Brexits auf sie wurden kaum diskutiert. Genderforscher_innen kritisieren zudem, dass sich Pro- und Kontra-Kampagnen auf Themen mit sogenanntem hohem poli-

⁴ Original: »gendered intra-elite conflict«, in: Aida A. Hozic & Jacqui True (2017) Brexit as a scandal: gender and global trumpism, Review of International Political Economy, 24:2, 270-287, DOI: 10.1080/09692290.2017.13024912, S. 276.

⁵ Der ehemalige Premierminister Tony Blair (Labour, 1997–2007) benannte 2017 als strukturelle Probleme das langsame Wirtschaftswachstum, ausbleibende Investitionen, niedrige Sparquote und stagnierende Einkommen sowie die Spaltung des Landes zwischen Jung und Alt, Stadt und Land, Besser- und Schlechtergestellten; <https://www.businessinsider.de/wirtschaft/tony-blair-der-brexist-ist-eine-massive-ablenkung-2017-7/> (aufgerufen am 10.10.2020). Die These des Brexits als einer »iatrogenischen Krankheit« vertritt auch Lewis Baston (2018).

tischem Profil – Migration, Außenpolitik und Handel – beschränkt hätten. Themen wie Gender, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit seien im Referendum außen vor gelassen worden (vgl. Shorrocks/Fowler 2019). Die Unterrepräsentation dieser Themen erklärt unter anderem das mangelnde Bewusstsein zum Zeitpunkt der Abstimmung im Juni 2016 für die Risiken und Auswirkungen auf Mutterschutz, Elternzeit, Rechte für Teilzeitarbeitende etc.

Das erklärt auch, warum sich das Abstimmungsverhalten der Geschlechter bei der binären Wahl zwischen »Leave« und »Remain« im Jahr 2016 nur unwesentlich unterschied. Deutlichere Differenzen zeigen sich bei der Unterstützung der politischen Parteien und Akteure, die hinter dem Brexit stehen. In nationalen und europäischen Wahlen gaben signifikant mehr Männer als Frauen ihre Stimme an die UKIP oder die Brexit-Partei. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov vor den Europawahlen 2019 gaben 26 Prozent – und damit die meisten – der befragten Männer an, für Nigel Farages Brexit-Partei stimmen zu wollen. Wäre es nach den Wählerinnen gegangen, wäre Farages Partei auf den vierten Platz hinter die Konservativen, Labour und die Liberalen verwiesen worden. Ein Grund hierfür könnte sein, dass das Thema EU-Ausstieg für Frauen bei Wahlen weniger entscheidend war. Frauen waren weniger interessiert an den Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU und stimmen außerdem seltener für neue oder kleine Parteien wie die UKIP oder andere rechtsextreme Randparteien wie die British National Party (vgl. Campbell 2012). Auch zeigen Umfragen aus dem Jahr 2019, dass Frauen weniger häufig extreme Varianten des Brexits wie einen No-Deal-Brexit befürworteten und mittlerweile stärker als beim Referendum zu einem Verbleib in der EU tendieren (vgl. YouGov 2019).

Brexit – ein Rückschritt für Frauen- und Gleichstellungsrechte?

Der Austritt aus der EU ist aus progressiver Sicht so problematisch, da er ein Gelegenheitsfenster bietet, um längst gesicherte Rechte und Gewissheiten zu unterminieren. Dabei sind insbesondere die folgenden Rechte betroffen:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Chancengleichheit und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz
- Bekämpfung von Diskriminierung jeglicher Art⁶

In all diesen Bereichen hat die EU Richtlinien erlassen, die von den Mitgliedstaaten national umgesetzt werden müssen. Der Grundsatz »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« ist sogar in den EU-Verträgen verankert. Die EU-Richtlinien, zum Beispiel zum Mutterschutz⁷, schaffen Mindeststandards, die jeder Mitgliedstaat gewährleisten muss. Die EU-Mitgliedschaft wirkte in Großbritannien gleichsam als Garant für Mindeststandards und als Bremse gegen nationale Deregulierungstendenzen. Im Fall eines harten Brexits, also ohne dynamische Anbindung an neue EU-Standards, besteht langfristig das Risiko, dass Großbritannien – abhängig von den Interessen der jeweiligen Regierungspartei – hinter EU-Standards zurückfällt (vgl. Cowburn 2017). Die Beispiele für britischen Widerstand in der Vergangenheit bei der Weiterentwicklung der europäischen Gleichstellungspolitik sind zahlreich und verdeutlichen die berechtigten Bedenken: Bereits bei der Einführung der Mutterschutzrichtlinie 1992 führte britische Kritik dazu, dass der Originalvorschlag verwässert wurde. Die 2008 vorgeschlagene Revision der Mutterschutzrichtlinie, in der die Kommission unter anderem eine Verlängerung der Mutterschutzfristen forderte, musste nach jahrelangen Verhandlungen zurückgezogen werden, nachdem sie im Rat der EU vor allem auf britischen (und deutschen) Widerstand gestoßen war. Die Briten hatten den Vorschlag unter anderem wegen der damit verbundenen finanziellen Mehrbelastung für Arbeitgeber kritisiert (vgl. Guerrina/Murphy 2016).

Auch wenn das EU-Recht nach dem Austritt zunächst in britische Gesetze gegossen wurde und daher weiterhin gilt, sind zukünftige Regierungen in der Lage, diese Gesetze zu ändern. Ob die Standards für Arbeitnehmer_innen weiter gelten, abgebaut oder ausgebaut werden, hängt also von den Plänen der

regierenden Partei ab. Die Tories halten seit der letzten Wahl die größte konservative Mehrheit seit den 1980er Jahren und haben diesbezüglich in den nächsten Jahren freie Hand. Das gibt Anlass zur Sorge: Denn die Befürworter_innen eines harten Schnitts in der Beziehung zur EU sitzen nicht mehr in den klar als rechtspopulistisch einzustufenden Parteien UKIP und Brexit-Partei. Sie haben in der nun mit absoluter Mehrheit regierenden Tory-Partei die Oberhand gewonnen. Die Wahl von Boris Johnson zum Parteichef und sein Wahlsieg 2019 machen dies überdeutlich klar.⁸

Ökonom_innen gehen zudem davon aus, dass durch den Brexit in den kommenden Jahren die Austeritätspolitik in Großbritannien weiter verschärft werden könnte. Dies ist besorgniserregend, da Frauen von diesen Sparmaßnahmen besonders betroffen sind. So zeigte sich, dass sich durch die Austeritätspolitik seit 2010 die Lebensstandards für alleinerziehende Eltern (davon sind 90 Prozent Frauen) und alleinstehende Rentnerinnen dramatisch verschlechtert haben und Frauen 86 Prozent der Kosten der Sparmaßnahmen getragen haben (vgl. Honeyball/Manzur 2019). Frauen sind insofern verstärkt von Austeritätspolitik betroffen, da sie die Hauptempfänger_innen von Sozialleistungen sind, die Mehrheit der Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst darstellen und einen Großteil der unbezahlten Pflege- und Erziehungsarbeit leisten. Diese Bereiche sind durch staatliche Sparmaßnahmen besonders betroffen. Die Auswirkungen der Corona-Krise haben in Großbritannien heute schon Frauen stärker zu tragen, ein Umstand, der für die regierenden Konservativen keine wirklich zentrale Rolle spielt (vgl. Hupkau 2020).

2. Die geschlechterpolitische Programmatik der Brexiteers

Vor dem Hintergrund der realen Veränderungen durch den Brexit und der Durchdringung der Programmatik der Tories durch rechtspopulistische Positionen im Zuge dieses Prozesses stellt sich die Frage, welche Program-

⁶ Vgl. Kurzdarstellungen zur Europäischen Union – Europäisches Parlament. Gleichstellung von Männern und Frauen; <http://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/59/gleichstellung-von-mannern-und-frauen> (aufgerufen am 12.10.2020).

⁷ Richtlinie 92/85/EWG des Rates vom 19.10.1992 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz.

⁸ Johnson hat nicht nur durch seine Verwandlung vom liberalen Bürgermeister Londons zum prominenten Chef-Brexiteer für Kontroversen gesorgt, er ist auch mehrfach durch sexistische und rassistische Äußerungen in die Kritik geraten. Der Vorwurf der sexuellen Belästigung einer Journalistin, lautstarke Streitereien mit seiner Partnerin, die zu einem Polizeieinsatz führten, und sein Vergleich von Burkaträgerinnen mit »Briefkästen« und »Bankräubern« sind nur einige Beispiele.

matik diese Parteien im Hinblick auf Gleichstellungspolitik, Diskriminierung, LGBTI-Rechte und andere gesellschaftliche Fragen haben. Damit wird es absehbar, bis zu welchem Grad sich die Befürchtungen von Frauen rund um den Brexit bewahrheiten könnten.

Familien- und Gleichstellungspolitik

Während Fragen der Gleichstellung kaum in der Programmatik der UKIP auftauchen, lassen sich doch einige Positionen zur Familienpolitik finden. So erklärt das *UKIP Manifesto* von 2017 unter der Überschrift »Kleine Kinder betreuen, Familien unterstützen« die Erschwinglichkeit von Kinderbetreuungskosten für normale Familien (»ordinary families«) zur Priorität der Partei. Bezahlbare Kinderbetreuung sei essenziell, um Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf zu ermöglichen. In ihrem Wahlprogramm 2019 formuliert die Partei dann aber deutlich, welches Modell von Familie sie für unterstützenswert hält: »Stabile, aktive und intakte Familien mit zwei Elternteilen sind das Fundament einer robusten Gesellschaft, wohingegen zerbrochene Familien viel eher vom Staat abhängig sind, eine schlechtere körperliche und geistige Gesundheit haben und weniger zu einer breiteren Gesellschaft beitragen.«⁹

Frauenrechte spielen für die UKIP programmatisch keine Rolle, allerdings findet sich häufig ein rhetorischer Topos, mit dem die Rechte (einheimischer) Frauen gegen Migranten instrumentalisiert werden. So bezeichnete der UKIP-Vorsitzende Farage Migranten als Bedrohung für britische Frauen, sollte das Land in der EU bleiben, und vermengte so geschickt xenophobe und scheinbar liberale Positionen (vgl. Ross 2016). Die Ereignisse der Silvesternacht 2015 auf dem Domplatz in Köln dienten als Hintergrund dieser Schilderungen (vgl. Pearson 2016).

Die Brexit-Partei veröffentlichte kein Wahlprogramm zu detaillierten politischen Themen, sondern forderte neben dem »clean-break Brexit« Reformen im politischen System des Landes. Zudem veröffentlichte sie im Vorfeld der Wahlen 2019 eine Liste mit politischen

⁹ Original: »Stable, active and intact two-parent families are the bedrock of a robust society, whereas broken families are much more likely to be dependent on the state, have poorer physical and mental health and contribute less to wider society.« *UKIP Manifesto* 2019; <https://www.ukip.org/ukip-policies/children-and-families> (aufgerufen am 24.9.2020).

Zielen, die das Kernkonzept der Partei darstellen sollen. Familien- und Gleichstellungspolitik fehlten dabei komplett. In diesem Bereich fiel die Partei vor allem durch extreme Aussagen einzelner Parteivertreter auf. James Bartholomew, Kandidat der Brexit-Partei bei den Europawahlen 2019, sieht beispielsweise die Institution Familie vom wachsenden Statusgewinn der Frau bedroht. Er forderte in der Vergangenheit, jegliche staatliche Unterstützung für alleinstehende Frauen zu streichen (vgl. Walker 2019a). Diese Art von »Familismus« ist kennzeichnend für eine rückwärtsgewandte, konservative Familienideologie, die Frauen und Männern eindeutige Rollen zuweist, faktisch aber alle Menschen ausschließt, die nicht zu einer Familie gehören und Frauen somit quasi zu rechtlosen Wesen macht (Notz 2015).

Die Tories dagegen sind im Bereich der Gleichstellung und Familienpolitik gespalten. Zwei Fraktionen sind erkennbar: die Modernisierenden, die sozialliberale Positionen zur Gleichstellung der Geschlechter vertreten und für eine partnerschaftliche Aufteilung von Haus- und Familienarbeit werben, und die Traditionalist_innen, die für ein traditionelles Familienbild eintreten. Unter Premier Cameron (2010–2016) hatten die Modernisierenden deutlich an Einfluss gewonnen. Im Wahlprogramm für die Unterhauswahlen 2019 warb die Partei mit einer Milliarde Pfund für mehr und bessere Kinderbetreuung, verbesserte finanzielle Unterstützung von Menschen, insbesondere Frauen, die unbezahlte Pflege- und Erziehungsarbeiten leisten, Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer (vgl. Conservative and Unionist Party 2019).

Im aktuellen Kabinett von Boris Johnson, der dem Lager der liberalen Modernisierenden zugerechnet werden kann, sind dagegen sowohl Traditionalist_innen wie Rees-Mogg als Vorsitzender des Unterhauses vertreten als auch Modernisierende wie Liz Truss, Ministerin für Frauen und Gleichstellung. Die bisherige Amtszeit von Johnson ist durch die Covid-19-Pandemie überschattet und lässt daher bislang keine Linie in der Gender- und Gleichstellungspolitik erkennen. Im Wahlprogramm wurde die Reduzierung der Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zwar zum Ziel ernannt, allerdings handelte es sich dabei weniger um konkre-

te Maßnahmen als vielmehr um Überprüfungen und Diskussionsanstöße (vgl. Annesley et al. 2019). Allerdings wurde die Personalpolitik des neuen Premierministers aus einer Gleichstellungsperspektive hart kritisiert: In seinem Kabinett sind von 21 Ministerposten lediglich fünf von Frauen besetzt (vgl. Government Digital Service). Hinzu kommt, dass die wichtigsten Entscheidungen im Verlauf der Corona-Krise in einem engeren Kreis des Kabinetts vorbereitet wurden und die Schlüsselrollen ausschließlich männlichen Ministern zugedacht wurden.

Reproduktive Rechte

Das Abtreibungsrecht im Vereinigten Königreich ist recht liberal und es gibt keine landesweite Partei, die dies infrage stellt. Seit 1967 sind Schwangerschaftsabbrüche bis zur 24. Schwangerschaftswoche im Vereinigten Königreich möglich, in Ausnahmefällen auch danach. Diese Regelung kam allerdings nur in England, Wales und Schottland zur Anwendung, im nordirischen Teil des Vereinigten Königreichs war Abtreibung unter fast allen Umständen – selbst nach Vergewaltigung oder Inzest – illegal.

Das britische Parlament hat erst 2019 – unter der Regierung Johnson – einen Zusatz zum umfassenden Gesetzespaket zu Nordirland (Northern Ireland Bill) beschlossen, um in Abwesenheit einer funktionierenden nordirischen Nationalversammlung¹⁰ die strikten nordirischen Abtreibungsgesetze zu reformieren und Abtreibungen zu dekriminalisieren. Bisher wurden diese Reformen von fundamentalistischen Protestanten sowie von Vertretern der katholischen Kirche strikt abgelehnt. Im Parlament war die nationalkonservative protestantische Democratic Unionist Party in Nordirland deren Stimme. Diese hatte von 2017 bis 2019 die konservative Regierung gestützt und konnte die Intervention aus London um zwei Jahre verzögern. Dennoch ging das Gesetz mit breiter Mehrheit durch das Unterhaus, dagegen stimmten 99 Abgeordnete, darunter fast nur DUP- oder Tory-Abgeordnete (bis auf sieben Stimmen von Labour und der Scottish National Party).

¹⁰ Das Parlament für Nordirland wurde durch das Karfreitagsabkommen geschaffen und war 2017 bis 2020 aufgrund unlösbarer Streitigkeiten zwischen den Parteien suspendiert.

Zwar gibt es in der Tory-Partei erklärte Abtreibungsgegner. Der für seine extrem konservativen Ansichten bekannte und offen katholische Abgeordnete Jacob Rees-Mogg, der in den letzten Jahren vor allem als überzeugter Brexiteer auffiel, betrachtet Abtreibungen unter keinen Umständen als moralisch vertretbar, nicht einmal im Falle von Vergewaltigung (vgl. BBC 2017). Rees-Mogg wurde unter Premierminister Johnson zum Vorsitzenden des Unterhauses, also Leader of the House of Commons, befördert und nimmt somit eine zentrale Rolle in der aktuellen Regierung ein. Er ist ein gutes Beispiel dafür, wie zuvor marginalisierte Abgeordnete durch den Brexit ins Herz der Regierung befördert wurden. Allerdings hat er dort bisher kein Gehör für seine gesellschaftspolitischen Sichtweisen finden können.

LGBTI-Rechte

Die gleichgeschlechtliche Ehe wurde 2013 in England und Wales und 2014 in Schottland legalisiert; auch hier bildete Nordirland bis 2019 die Ausnahme. Die Akzeptanz für gleichgeschlechtliche Beziehungen ist in der britischen Gesellschaft über die letzten Jahre stetig gestiegen. Eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigt hier nun allerdings erstmals seit 30 Jahren einen Rückgang. Die Autoren der Studie interpretieren dies als mögliche Stagnation einer jahrelangen gesellschaftlichen Werteliberalisierung (vgl. Booth 2019). Die Brexit-Partei und die UKIP, aber auch die Tory-Partei haben Politiker_innen in ihren Reihen, die öffentlich ihr Unbehagen gegenüber gleichen Rechten für die LGBTI-Gemeinschaft geäußert haben. Innerhalb der Tories äußerte sich vor allem der bereits erwähnte Jacob Rees-Mogg gegen die gleichgeschlechtliche Ehe aus religiösen Gründen. Die UKIP ernannte 2018 im Rahmen der Radikalisierung der Partei einen neuen Sprecher für Familienpolitik, der unter anderem LGBTI-Aktivist_innen als »Gaystapo« verunglimpft hat. Das Thema LGBTI erfuhr zuletzt große mediale Aufmerksamkeit, nachdem an einer Schule in Birmingham vor allem muslimische Eltern massiv gegen die Aufnahme dieser Themen in das Schulfach Toleranz protestierten. Ehemals führende Politikerinnen der Tories, wie Andrea Leadsom und Esther McVey, unterstützten die Proteste und argumentierten, Eltern sollten selbst in der

Lage sein zu entscheiden, was ihre Kinder lernen. Unter dem Deckmantel elterlicher Selbstbestimmung erteilen die Politikerinnen damit der Vielfalt familialer Lebensentwürfe eine Absage und unterstützen die Verdrängung des Themas aus dem öffentlichen Diskurs ins Private.

Hinsichtlich der Anerkennung geschlechtlicher Selbstbestimmung hat die Regierung Johnson ihre innere Widersprüchlichkeit in den Gender Recognition Act einfließen lassen. Die Debatte um dieses Gesetz war 2018 öffentlich begonnen worden und im September 2020 folgte der Gesetzentwurf der Gleichstellungsministerin Liz Truss dazu. Allerdings wurde dieser von vielen Trans-Gruppen als Stückwerk kritisiert. Im Zentrum der Kritik steht, dass der bislang demütigende und langwierige Prozess zur Änderung des Geschlechts auf der Geburtsurkunde nur minimal angepasst wurde. Zudem war keine Initiative zu erkennen, wie die Regierung mit der um 85 Prozent gestiegenen Gewalt gegen Transgender-Personen umgehen will (vgl. Heynes 2020).

Anti-Gender-Bewegungen und Hassverbrechen

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch hinsichtlich der Anti-Gender-Positionen. Während diese programmatisch bei keiner Partei verankert sind, machen individuelle Äußerungen von Kandidat_innen deutlich, dass besonders bei der UKIP und der Brexit-Partei diese rechtspopulistische Ausformung beheimatet ist. Einer der UKIP-Kandidat_innen zur Europawahl 2019, Carl Benjamin, argumentierte, dass Feminismus eine Krankheit der Moderne sei und eine Generation von Männern hervorgebracht habe, die nicht mehr wüsste, wie sie sich verhalten soll, da sie dämonisiert würde. Seine Frauenfeindlichkeit ist auch auf Twitter verbürgt, wo er der Labour-Abgeordneten Jess Phillips mitteilte: »Ich würde dich noch nicht mal vergewaltigen« (...).¹¹ Im Zusammenhang mit der Ermordung von sechs Frauen in Kalifornien argumentierte er, schuld an den Morden sei lediglich der »dumme soziale Gerechtigkeits-Feminismus-Mist«¹². Die Abgeordnete Jess Phillips erhielt nach

¹¹ Original: »I wouldn't even rape you« (...).

¹² Original: »stupid social justice feminist bullshit« (...).

Benjamins Tweet mehrere Hundert Vergewaltigungsandrohungen (vgl. Walker 2019c).

Insgesamt finden Anti-Gender-Bewegungen im Vereinigten Königreich aber wenig politische Rückendeckung. Allerdings haben nach dem Brexit-Referendum Hassverbrechen breit zugenommen (vgl. McRobbie 2018). Hervorzuheben ist auch, dass die Parlamentarierinnen, die sich wie Anna Soubry innerhalb der konservativen Partei gegen den Brexit gestellt hatten, so mit Gewaltandrohungen überschüttet wurden, dass sie Polizeischutz benötigten. Der Brexit hat mithin einen Dammbbruch der Gewalt bewirkt.

Die Anti-Rassismus-Kampagne »Hope Not Hate« beschreibt in ihrem *State of Hate 2019*-Bericht (Collins et al. 2019), wie rechtsextreme Narrative, stark emotionalisierte Botschaften, Verschwörungstheorien und Hassreden mehr und mehr Eingang in den Mainstream finden. Eine geschlechtsspezifische Folge davon ist, dass insbesondere Politikerinnen in Großbritannien in den letzten Jahren immer häufiger verbal – sowohl online als auch offline – Bedrohungen und Beleidigungen ausgesetzt sind (vgl. Dhrodia 2017).

Wie Einzeltäter aus der rechtsextremen Szene auch zu realen Bedrohungen werden können, zeigte sich während der Referendumskampagne. Im Juni 2016 wurde die Labour-Abgeordnete Jo Cox in ihrem Wahlkreis auf offener Straße ermordet, der Täter hatte nachweisliche Verbindungen in die rechtsextreme und Neonazi-Szene. Bei seiner Anhörung forderte er »Tod den Verrätern, Freiheit für Großbritannien«, bereits während der Tat hatte er »Großbritannien zuerst« gerufen. Daten aus dem Innenministerium zeigen, dass Hassverbrechen in England und Wales im Zeitraum 2017/18 um 17 Prozent zum Vorjahr gestiegen sind; 76 Prozent davon waren rassistisch motiviert. Ein Anstieg von Hassverbrechen wurde vor allem unmittelbar nach dem Referendum 2016 und den Terrorattacken 2017 verzeichnet.

Zusammenfassung

Die rechtspopulistischen Treiber des Brexits waren in ihrem Agenda-Setting vor allem auf die Themen EU, Anti-Establishment und Einwanderung konzentriert. Zwar verwendeten sowohl UKIP als auch die

Brexit-Partei regelmäßig frauenfeindliche und Anti-Gender-Topoi, diese standen allerdings nicht im Mittelpunkt ihrer Programmatik. Die konservative Partei als Plagiatorin der Kernaspekte des Brexits scheint bislang keine Anstalten zu machen, in eine ähnliche gesellschaftspolitische Richtung zu gehen. Allerdings ist zu befürchten, dass die anti-europäische Stimmung der Partei dazu beiträgt, dass die gleichstellungspolitischen Aspekte, die durch die EU-Mitgliedschaft garantiert wurden, nun dem anti-europäischen Furor zum Opfer fallen.

3. Das Wahlverhalten von Frauen

In den letzten Europawahlen (2014 und 2019) feierten die Brexit-Befürworter_innen von UKIP und der Brexit-Partei beachtliche Erfolge; fraglich ist nun, inwiefern sie ohne weitere Europawahlen die Chance haben werden, die politische Debatte in Großbritannien zu beeinflussen. Die UKIP eroberte 2014 mit über 26 Prozent der Stimmen die meisten Sitze, und fünf Jahre später wurde die neu gegründete Brexit-Partei stärkste Kraft mit 31,6 Prozent. Ein Jahr vor dem Brexit-Referendum, in den Parlamentswahlen 2015, konnte die UKIP selbst auf nationaler Ebene beachtliche 12,4 Prozent erringen. Der Erfolg der Populisten auf nationaler Ebene blieb jedoch einmalig und schlug sich aufgrund des britischen Mehrheitswahlrechts auch nur in einem Parla-

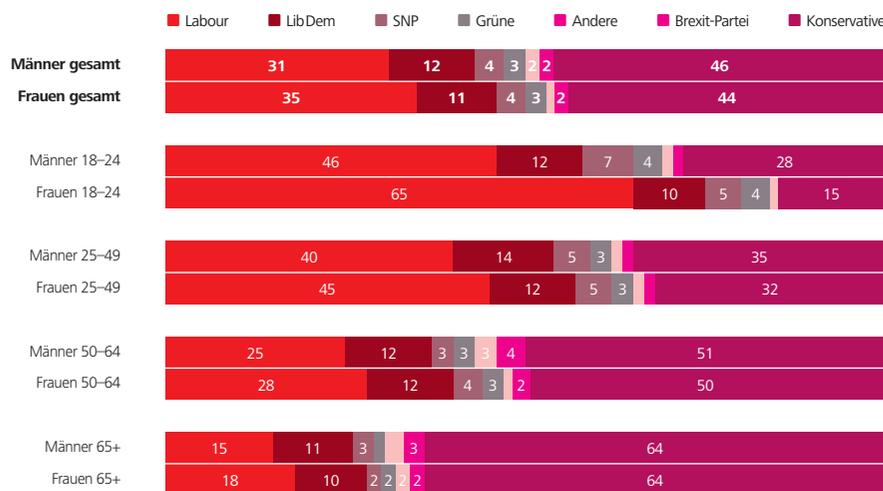
mentssitz nieder. In den nationalen Wahlen 2010, 2017 und 2019 erreichte die UKIP nur jeweils 3,1 Prozent, 1,8 Prozent und unter 0,1 Prozent der Stimmen. Spätestens seit den Europawahlen 2019 ist die UKIP daher keine relevante politische Kraft mehr. Seit 2018 hat sich die Partei stark radikalisiert und agiert offen islamfeindlich – in ihrer Funktion als »Brexit-Wachhund«, der die härteste Umsetzung des Referendums fordert, ist die UKIP von der neu gegründeten Brexit-Partei abgelöst worden. Welche Rolle spielen die Stimmen von Frauen beim Erfolg dieser Parteien?

Wen wählen die Britinnen?

Während britische Frauen im historischen Trend eher konservativ wählen, tut sich in den letzten Jahren in der weiblichen Wählerschaft ein Gefälle auf: Junge Frauen stimmen mit hoher Wahrscheinlichkeit für die Labour-Partei, ältere Frauen stimmen weiterhin eher für die konservative Partei – ähnlich sieht es bei den Männern aus. → **Grafik I** verdeutlicht diesen Trend und zeigt zudem die im Schnitt höhere Anziehungskraft der extremen Brexit-Parteien auf Männer, insbesondere auf ältere Männer als auf Frauen. Mögliche Erklärungsansätze liegen in den politischen Präferenzen von Wählerinnen hinsichtlich öffentlicher Ausgaben, der EU und neu gegründeter Parteien.

GRAFIK I

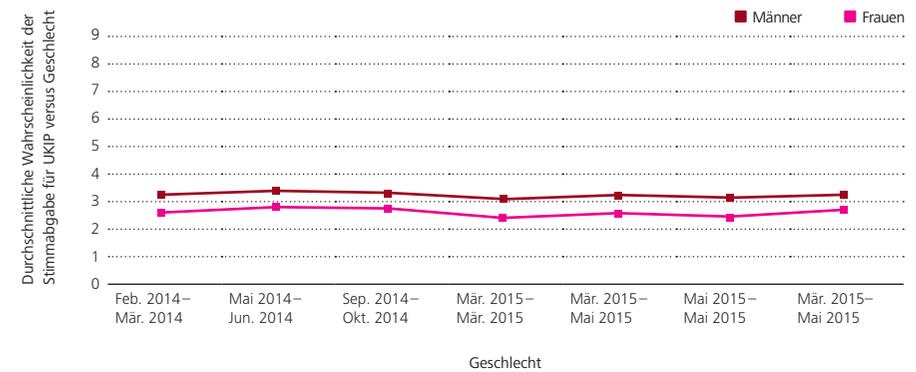
Abstimmung nach Alter und Geschlecht
% von 41.995 Erwachsenen, die bei den allgemeinen Wahlen 2019 gewählt haben



Quelle: YouGov
<https://yougov.co.uk/topics/politics/articles-reports/2019/12/17/how-britain-voted-2019-general-election> (aufgerufen am 22.11.2020)

GRAFIK II

Wahrscheinlichkeit der Stimmabgabe für UKIP versus Geschlecht



Quelle: British Election Study, Data Playground: <https://www.britishelectionstudy.com/data-playground/?action=new#page-title> (aufgerufen am 22.11.2020)

Gleichzeitig ist eine stetige Lücke in der Wahlabsicht für UKIP zwischen Männern und Frauen sichtbar, wie die umfangreichste Datenbank für Umfragen und Wahlergebnisse im Vereinigten Königreich, die British Election Study, in → **Grafik II** zeigt, auch wenn sich der Ausschnitt der Datenlage lediglich auf das Jahr 2014/15 bezieht.

Wählerinnen und rechtspopulistische Parteien

In Interviews mit Unterstützerinnen der UKIP in den Jahren 2013 und 2014 gaben die Befragten an, dass britische Frauen bereits so viel erreicht hätten in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit, dass sich die Parteien nicht länger mit feministischen Themen auseinandersetzen müssten. Andererseits zeigten sich diese Frauen sehr besorgt um die Rechte muslimischer Frauen. Erin Sanders-McDonagh (2019) demonstriert dabei aber, dass es sich hier nur um scheinbares Interesse an Frauenrechten handelt. Schließlich äußerten sie sich nicht besorgt über die Tatsache, dass 20 Prozent der britischen Frauen in ihrem Leben sexuelle Übergriffe erfahren, dass es im Vereinigten Königreich weiterhin massive Einschnitte in die reproduktiven Rechte von Frauen gibt und dass durchschnittlich zwei Frauen pro Woche durch Gewalt in der Partnerschaft getötet werden. Vielmehr verdeutlicht diese Argumentation die anti-islamische, anti-migrantische Einstellung der Frauen. Auch diese Wählerinnen bedienen sich angeblich gleichstellungspolitischer Topoi zur Legitimierung ihrer Fremdenfeindlichkeit.

4. Frauen als Akteurinnen in rechtspopulistischen Parteien beziehungsweise Bewegungen

In Großbritannien gibt es im Vergleich zu Frankreich und Deutschland keine Frauen in Führungspositionen in rechtspopulistischen Parteien. Während Catherine Blaiklock zwar als Gründerin und erste Vorsitzende der Brexit-Partei 2019 fungierte, musste sie schon nach zwei Monaten als Vorsitzende zurücktreten, nachdem ihre anti-islamischen und rassistischen Äußerungen auf Twitter bekannt wurde (vgl. Walker 2019b). Seitdem ist die Brexit-Partei unter der Führung ihres prominentesten Mitglieds: Nigel Farage. Da dieser von Beginn an als Pate der Partei galt, wurde Blaiklock öffentlich auch nie wahrgenommen. Auch die UKIP war und ist männlich dominiert. Zwar wurde die Partei von November 2019 bis April 2020 übergangsweise von Patricia Mountain geleitet, traditionell und auch aktuell sind die einflussreichen Positionen männlich besetzt. So befinden sich in der Parteiführung sechs Männer und nur eine Frau. Von 22 weiteren Schlüsselposten sind nur sechs von Frauen besetzt (*UKIP Spokepeople*).

Auch die Brexit-Kampagne war, wie oben bereits erwähnt, weitgehend von Männern dominiert. Eine wichtige Ausnahme stellt dabei Gisela Stuart dar. Allerdings unterscheidet sie sich von den konservativen Brexit-Vertretern, da sie den Brexit aus linken Beweggründen fordert. Gisela Stuart ist eine ehemalige deutsche Buchhändlerin, die als Labour-Abgeordnete von 1997 bis 2007 zu einer der wichtigsten Vertreter_innen des EU-kritischen Flügels der

Labour-Partei wurde. Vor dem Referendum 2016 führte sie gemeinsam mit Michael Gove und Boris Johnson die »Vote Leave«-Kampagne an. Sie war die einzige Labour-Abgeordnete, die sich in dieser Kampagne engagierte. Damit wurde sie zur bekanntesten Brexit-Befürworterin von Labour. Ihr Hauptargument für den Brexit war, dass Großbritannien den eigenen finanziellen Beitrag für die EU besser ins staatliche Gesundheitssystem (NHS) umleiten sollte und dass das Land keine weiteren Einwander_innen mit staatlichen Gesundheitsleistungen versorgen könne. Sie verlieh damit dem Slogan über die Finanzierung des NHS zusätzliche Legitimität.

Neben Gisela Stuart gibt es noch weitere Frauen, allerdings aus dem konservativen Lager, die zum Erfolg des Brexits beigetragen haben. Sie haben maßgeblich daran mitgewirkt, dass die Tory-Partei Teile des rechtspopulistischen Brexit-Narrativs übernommen hat. Sie traten meist jedoch erst nach dem Referendum 2016 in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Am prominentesten ist hierbei die ehemalige Premierministerin (2016–2019) Theresa May. Bereits als Innenministerin hatte sie seit 2010 mit einer harten Immigrationspolitik versucht, das Profil der Tories in diesem Bereich zu schärfen. Berüchtigt war die von ihr ins Leben gerufene Aktion der *Go-Home-Vans*, die im Auftrag des Innenministeriums durch Stadtteile von London fuhren, in denen viele Migrant_innen leben (vgl. Elgot 2018).

Beim Brexit versuchte sie eine ähnliche Taktik des Kopierens von Positionen. Obwohl sie beim Referendum 2016 für den Verbleib in der EU geworben hatte, stellte sie sich nach ihrem Amtsantritt 2016 auf die Seite der Ultra-Brexiters¹³, weil sie glaubte, ihre Partei nur so zusammenhalten zu können. Unter den vielen Motiven für den Brexit identifizierte sie die ausländerfeindliche Stimmung im Land als Hauptmotiv – hier verfügte sie über die größte Glaubwürdigkeit – und befeuerte so weiter den populistischen Flügel ihrer Partei. Sie forderte die Kontrolle der Grenzen und das Ende der Arbeitnehmerfreizügigkeit und legte sich früh auf den Austritt

¹³ Als Ultra-Brexiters werden die Befürworter_innen des Brexits bezeichnet, die sich für eine komplette Loslösung von der EU aussprechen und keine Folgeverträge mit der EU aushandeln wollen, sondern einen harten Schnitt fordern.

aus dem Binnenmarkt fest. Theresa May hat entscheidend dazu beigetragen, dass nationalistische Parolen des rechten Randes der konservativen Partei in den Mittelpunkt der Brexit-Debatte rückten. Allerdings gingen all ihre Zugeständnisse den Brexiters nicht weit genug, so dass sie nach dem Scheitern ihres Austrittsabkommens im Parlament zurücktreten musste. Ihre Nachfolgerin als Innenministerin, Priti Patel, die sich gemeinsam mit Johnson und Stuart bei »Vote Leave« engagiert hatte, führt die Politik des »hostile environment« gegen Einwandernde nun fort.

Insgesamt betrachtet, gibt es eine große Bandbreite von Brexit-Befürworterinnen mit zum Teil unterschiedlichen Positionen und Ansätzen. Mary Honeyball und Hannah Manzur analysierten im September 2019 jedoch, dass selbst wenn Frauen in der Debatte um den Brexit Einfluss hatten, diese Machtposition, wie zum Beispiel bei Theresa May, nur temporär und unsicher war und ihre Rolle dadurch bewertet wurde, wie gut sie die politischen Auswirkungen des Brexit-Referendums »beseitigen« können (vgl. Honeyball/Manzur 2019). Noch deutlicher wird die mangelnde Repräsentation von Frauen im Brexit-Prozess. So sind seit dem Rücktritt von May die Brexit-Minister, Verhandler und einflussreiche Persönlichkeiten beinahe ausschließlich männlich. Innerhalb dieser Gruppen und Positionen variierte die Frauenquote dabei bislang zwischen 0 und 25 Prozent und fällt damit deutlich hinter die Repräsentationsquote im nationalen Parlament zurück.

5. Gegenstrategien Weiblicher Widerstand gegen Brexit und gegen Rechtspopulismus

Es gibt breite gesellschaftliche Gegenbewegungen gegen den Brexit und gegen rechts in Großbritannien, allerdings hat die Wahl 2019 vor allem Ersteren den Wind aus den Segeln genommen.

Mehrere Male gingen – insbesondere in London – mehrere Millionen Menschen auf die Straße, um gegen den Brexit zu demonstrieren. Daran waren meist mehrere Parteien beteiligt, die Liberaldemokraten (vgl. BBC 2019), die SNP (vgl. Edgington 2019), die Grünen, die Change-UK-Partei, Teile von Labour, aber auch Gruppen wie *Best for Britain*, *Britain for Europe* und *Women for a People's Vote*

sowie Prominente aus der kulturellen Szene, wie beliebte Sänger_innen oder Radiomoderator_innen. Viele Bürger_innen aus anderen EU-Staaten beteiligten sich an den Demonstrationen, um darauf aufmerksam zu machen, dass ihre Rechte in Großbritannien durch den Brexit in Gefahr geraten. Mehrere Aktionsgruppen, die sich beteiligten, forderten ein zweites Referendum beziehungsweise eine Volksabstimmung über das Brexit-Abkommen. Allen gemeinsam war eine tiefe Abneigung gegenüber dem Brexit und die Forderung, dass sich das Land nicht abschotten soll gegenüber Einwandernden und Migrant_innen.

Unter den Demonstrierenden waren zwei große Frauenbewegungen, *Women for a People's Vote* und *Bitches Against Brexit*. *Women for a People's Vote* ist die größere Gruppe. Sie wurde im September 2018 gegründet und forderte das Recht für Frauen, ihre eigene Zukunft mitzugestalten und Einfluss auf den Brexit-Prozess zu nehmen. Konkret forderte die Bewegung eine Volksabstimmung über ein Brexit-Abkommen.

Bitches Against Brexit war im Vergleich zu *Women for a People's Vote* eine etwas kleinere Frauengruppe, welche als Reaktion auf die konservative Kampagne *Ladies for Leave*¹⁴ entstanden war und eine deutlich größere Zahl an Anhänger_innen auf Twitter (14.500 Follower) hatte als *Ladies for Leave*. Die Gruppe stellte T-Shirts her, machte Filme und organisierte Events. Die Schauspielerin Emma Kennedy hatte versehentlich (vgl. Evening Standard 2019) diese Bewegung gegründet, als sie die Formulierung *Bitches Against Brexit* zum ersten Mal in den sozialen Medien benutzte. Schnell wurde – aufgrund der massenhaften Reaktionen – eine Website eingerichtet. Die Kampagne schloss sich im März 2019 der *People's Vote*-Demonstration an. Die *People's Vote*-Kampagne wurde im April 2018 gegründet und forderte ein zweites Referendum. Nach dem Wahlsieg von Johnson im Dezember 2019 kündigte die Bewegung an, sich neu zu organisieren und 2020

¹⁴ Die Kampagne wurde von der prominenten konservativen Brexit-Befürworterin Esther McVey im Februar 2019 initiiert und soll eine Plattform für Frauen darstellen, die sich für den Brexit aussprechen. Die Kampagne eignet sich dabei einen feministischen Diskurs an und kritisiert die mangelnde weibliche Repräsentation im Brexit-Prozess, tritt jedoch nicht wirklich für Frauenrechte ein. Inzwischen ist die Kampagne zum Erliegen gekommen und findet keine mediale Beachtung mehr.

neu aufzustellen, um für einen fairen Brexit-Vertrag einzustehen. Wohl auch durch die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie ist es seitdem still um die Kampagne geworden.

In Großbritannien gibt es zudem eine feministische Partei, die den Brexit verurteilt. Die *Women's Equality Party* (vgl. Hinsliff 2018) ist zurzeit nicht im Unterhaus repräsentiert. Sie wurde 2015 von der Journalistin und beliebten Fernsehmoderatorin Sandi Toksvig gegründet. Parteivorsitzende ist derzeit die Feministin Mandu Reid, die sich bereits in der Vergangenheit für Frauenrechte eingesetzt und eine Wohltätigkeitsorganisation zu diesem Zweck gegründet hat. Die Partei wuchs nach und nach, spielt aber in der britischen Parteien- und Medienlandschaft nur eine untergeordnete Rolle. Politische Forderungen betreffen das Ende von Frauendiskriminierung, die Forderung des Rechts auf Abtreibung im ganzen Land sowie die angemessene Vertretung von Frauen in politischen Ämtern. Bei den Unterhauswahlen 2019 unterstützte die Partei in zwei Wahlkreisen Kandidaten der Liberal Democrats, da diese gegen bisherige Abgeordnete antraten, die wegen sexueller Belästigung Schlagzeilen gemacht hatten.

Argumente mit Genderbezug, warum all diese genannten Organisationen entweder für ein zweites Referendum oder gegen den Brexit kämpfen, sind folgende:

a.) Die Brexit-Debatte sei von Beginn an männlich dominiert gewesen. Vor dem Referendum 2016 seien 74,5 Prozent der Fernsehberichterstattung und 84,4 Prozent der Printmedien männlich geprägt gewesen. Die britische Regierung habe lediglich eine Frau im Brexit-Verhandlungsteam nach Brüssel geschickt und das Brexit-Ministerium bestünde zu 62 Prozent aus männlichen Angestellten. In der Parlamentsdebatte zum Brexit-Abkommen seien sogar 90 Prozent der Redezeit von Männern beansprucht worden, obwohl 32 Prozent der Abgeordneten Frauen seien.

b.) Der Brexit sei für Frauen mit finanziellen Verlusten verbunden. So musste das britische Finanzministerium bis November 2019 bereits fast fünf Milliarden Euro für Kosten im Zusammenhang mit dem Brexit bereitstellen und seit dem »Leave«-Referendum ist die britische Wirtschaft

weniger gewachsen als zuvor (vgl. Leitel/Riedel 2019). Davon und von der Austeritätspolitik seit 2010, der Inflation und den sinkenden Löhnen seien maßgeblich Frauen betroffen.

c.) Männliche Protagonisten hätten sich in der Brexit-Debatte als Lügner oder Unwissende erwiesen. Gemeint sind Lügen, leere Versprechungen und die Unkenntnis von Boris Johnson, Nigel Farage und anderen Brexit-Befürwortern, wie der prominente Slogan zu den Finanzen des NHS, der faktisch falsch war (vgl. The Independent 2018).

Sonstige Initiativen und Kampagnen gegen Rechtspopulismus

Kampagnen gegen die rechtspopulistischen Parteien und den Brexit kommen aber auch von Nichtregierungsorganisationen, die sich gezielt gegen Fremdenfeindlichkeit und für Toleranz einsetzen. Als positive Gegenstimme zu den Hasskampagnen der rechtsextremen Parteien, wie beispielsweise der British National Party (BNP) wurde 2004 die Kampagne „Hope not Hate“ gegründet. Ihr Ziel ist es, die Wähler_innen aufzuklären und mit antifaschistischer Arbeit dazu beizutragen, dass rechtsextreme Parteien aus allen Rathäusern zurückgedrängt werden. Die Gruppe verteilt Aufklärungsbroschüren in Regionen, in denen die Rechte stark ist, und wird von Wissenschaftler_innen, aber auch Prominenten wie dem Comedian Eddie Izzard und dem ehemaligen Labour-Premierminister Gordon Brown unterstützt. Sie ist eine der größten und erfolgreichsten politischen Aktionsgruppen gegen rechts in Großbritannien.

Zudem gibt es mehrere Initiativen, die die Ursachen des Anstiegs von Rechtspopulismus erforschen und versuchen, den Blick nach vorne zu lenken, um die Spaltung der politischen Gesellschaft aufzulösen. Exemplarisch dafür ist das *Centre for Towns*, eine parteiunabhängige Organisation, die sich für die Belange der Bürger_innen in kleineren und mittelgroßen Städten in Großbritannien einsetzt. Meist geht es um vernachlässigte Regionen. Der Gründer und Leiter dieser Kampagne, Ian Warren, analysierte, welche wirtschaftlichen Probleme diese Städte haben und wie dies zum Anstieg von Rechtspopulismus führte. Eine gerechtere Sozial- und Wirtschaftspolitik

sei notwendig, um die Ursachen des Brexits zu bekämpfen, so die Hauptforderung dieser Initiative.

Aber auch die Gewerkschaften spielen eine bedeutende Rolle im Kampf gegen Rechtspopulismus. Die britischen Gewerkschaften befinden sich allerdings in einem adversen politischen und gesellschaftlichen Umfeld, so dass sie in ihren Einflussnahmen sehr eingeschränkt sind. Die unter Thatcher begonnenen Attacken auf Arbeitnehmervertretungen hinterlassen bis heute tiefe Spuren in der Wirtschaft und Gesellschaft. In den letzten Jahren wuchs jedoch die Anzahl an Gewerkschaftsmitgliedern durch den Beitritt vieler Frauen; durch die gewachsene Sichtbarkeit der Gewerkschaften in der aktuellen Covid-19-Krise ist eine stärkere Einflussnahme zu erhoffen. Die Generalsekretärin des britischen Gewerkschaftsbundes (Trades Union Congress – TUC) analysierte, dass die Wurzel von Rechtspopulismus oft Angst sei und dass prekäre Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne und Austeritätspolitik und das Gefühl, in der Entwicklung zurückgelassen zu werden, zu Frustration und Angst führt und daher Populismus bestärkt. Neben daraus resultierenden Forderungen an die Politik engagieren sich die Gewerkschaften auch durch konkrete Hilfestellungen und Anleitungen für die Mitglieder. So veröffentlichte und verteilte der TUC bereits 2008 eine Broschüre zum Umgang mit Faschismus und Rechtspopulismus am Arbeitsplatz. Ziel ist es, eine befürchtete Einflussnahme von rechts außen unter Arbeiter_innen und Gewerkschafter_innen zu verhindern. In der Broschüre wird nicht nur auf die Bedrohung durch Faschismus hingewiesen, sondern es werden auch konkrete Handlungsempfehlungen gegeben (vgl. Trades Union Congress 2018). 2016 begann der TUC zudem mit einem Projekt, um Fälle von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit am Arbeitsplatz zu dokumentieren und dadurch Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken. Zudem gibt es einige regionale Programme und Onlinetools, um Gewerkschafter_innen (oder sonstige Interessierte) in der Argumentation gegen Rechtspopulist_innen zu schulen und Hilfestellung bei der Ausarbeitung von Kampagnen zu leisten (vgl. Trades Union Congress).

Fazit

Der Brexit hat die politische Gemengelage im Vereinigten Königreich grundlegend verändert. Er hat die Situation für Frauen nicht unmittelbar verschlechtert, Gleichstellungsrechte sind jedoch in Gefahr.

Der gesamte Brexit, sowohl im Hinblick auf die Kampagnen als auch auf die Verhandlungen nach dem Referendum, ist eine männliche Domäne. Frauen haben hier mit nur wenigen Ausnahmen kaum eine Rolle gespielt. Die Definitionshoheit über den Begriff oblag quasi ausschließlich Männern. Dieser Gender-Gap war auch zuvor schon bei den beiden rechtspopulistischen Parteien UKIP und Brexit-Partei erkennbar. Innerhalb dieser Parteien haben Frauen aktiv kaum eine Rolle gespielt und auch an der Wahlurne wurde signifikant weniger für sie gestimmt als für Männer.

Im Vorlauf des Referendums und während der turbulenten Phase der Verhandlungen hat die konservative Partei der Tories die maßgeblichen rechtspopulistischen Elemente des Brexits von den beiden Klein-Parteien UKIP und Brexit-Partei übernommen und diese auch mit Hilfe des Wahlsystems komplett marginalisiert. Sie ist aber nun zur Gefangenen einer Agenda aus Immigrationskepsis, Fremdenfeindlichkeit, Anti-Establishment-Positionen und Nationalismus geworden.

Seitdem der Brexit unabwendbar geworden ist, spricht seit der Wahl im Dezember 2019, ist allerdings nicht erkennbar, dass die Tories aktiv eine Politik verfolgen, die sich zum Ziel setzt, erreichte Gleichstellung zurückzudrehen oder Anti-Gender-Positionen durchzusetzen. Dennoch drohen die durch die EU bislang garantierten Rechte von Frauen, sei es beim Mutterschutz, Gender-Pay-Gap oder Diskriminierungsschutz, zu erodieren. Denn die anti-europäische Grundeinstellung der Konservativen unter Boris Johnson könnte solche Errungenschaften zum Kollateralschaden der Loslösung von allen Fesseln der EU machen. Gleichzeitig öffnet die scharfe Anti-Immigrationshaltung der Tories Gelegenheitsfenster für ein paternalistisch geprägtes Familienbild, wenn nämlich das Bild des Migranten reaktiviert wird, der die britische Frau bedroht, die dann mithin beschützt werden muss. Auch das ist

ein Topos, der bereits von der UKIP genutzt wurde. Zuletzt hat der Brexit deutlich gemacht, dass die positiven Errungenschaften der EU, besonders in Fragen der Gleichstellung und Gleichbehandlung, ein unterbelichtetes Feld der Integration sind. Erst durch den Austritt aus der EU ist vielen Britinnen bewusst geworden, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in dieser Gemeinschaft dazu beigetragen hat, dass ganz konkrete Rechte von Frauen zur Lebensrealität im Vereinigten Königreich wurden. Eine wichtige Lehre aus diesem Prozess sollte mithin sein, dass dies auch in anderen Mitgliedstaaten deutlicher in den Mittelpunkt gestellt wird, um anti-europäischen Rechtspopulisten zumindest die Unterstützung von Frauen abzugraben.

LITERATUR

- Annesley, Claire; Gains, Francesca; Sanders, Anna (2019):** Women and gender in the 2019 party manifestos; <https://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/women-and-gender-in-the-2019-party-manifestos/> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Apostolova, Vyara et al. (2017):** General Election 2017: results and analysis. Second Edition. Briefing Paper Number CBP 7979, updated 29th January 2019, House of Commons Library.
- Ashcroft, Lord (2019):** A reminder of how Britain voted in the EU referendum – and why; <https://lordashcroftpolls.com/2019/03/a-reminder-of-how-britain-voted-in-the-eu-referendum-and-why/> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Bale, Tim (2019):** Brexit shows how the populist right can be powerful without winning office; <https://ukandeu.ac.uk/brexit-shows-how-the-populist-right-can-be-powerful-without-winning-office/> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Baston, Lewis (2018):** What the polling shows, in: *The Causes and Cures of Brexit*, S. 11–14; https://www.compassonline.org.uk/wp-content/uploads/2018/10/Causes-and-Cures-of-Brexit_Compass-Oct-2018.pdf (aufgerufen am 12.10.2020).
- BBC (2019):** Lib Dem leadership: the candidates trying to stop Brexit, in: *BBC News* (1.7.2019); <https://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-48770368> (aufgerufen am 12.10.2020).
- BBC (2019):** Upskirting now a crime after woman's campaign, in: *BBC News* (12.4.2019); <https://www.bbc.co.uk/news/uk-47902522> (aufgerufen am 12.10.2020).
- BBC (2017):** Jacob Rees-Mogg 'completely opposed' to abortion; <https://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-41172426> (zuletzt aufgerufen am 12.10.2020).
- Booth, Robert (2019):** Acceptance of gay sex in decline in UK for first time since Aids crisis, in: *The Guardian online*; <https://www.theguardian.com/society/2019/jul/11/acceptance-gay-sex-decline-uk-first-time-since-aids-crisis> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Campbell, Rosie (2019):** How women could vote in the European elections – and why it's important; <https://www.kcl.ac.uk/news/how-women-could-vote-in-the-european-elections-and-why-its-important> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Campbell, Rosie (2015):** Following the pink battle bus: where are the women voters in 2015?; <https://www.britishelectionstudy.com/bes-resources/following-the-pink-battle-bus-where-are-the-women-voters-in-2015-by-dr-rosie-campbell/> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Campbell, Rosie (2012):** What Do We Really Know about Women Voters? Gender, Elections and Public Opinion, in: *The Political Quarterly*, Volume 83, Issue 4, October–December 2012, S. 703–710.
- Chakelian, Anoosh (2018):** A UN inspector came to investigate poverty in Britain – here's what he found, in: *New Statesman*; <https://www.newstatesman.com/politics/economy/2018/11/un-inspector-came-investigate-poverty-britain-here-s-what-he-found> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Collins, Matthew et al. (2019):** State of Hate. People vs. the Elite?, S. 38f.; <https://www.hopenothate.org.uk/wp-content/uploads/2019/02/state-of-hate-2019-final-1.pdf> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Conservative and Unionist Party (2019):** The Conservative and Unionist Party Manifesto 2019; https://assets-global.website-files.com/5da42e2cae7ebd3f8bde353c/5dda924905da587992a064ba_Conservative%202019%20Manifesto.pdf (aufgerufen am 12.10.2020).
- Cowburn, Ashley (2017):** New Brexit minister wanted to scrap EU workers' safeguards for agency employees and pregnant women, in: *Independent online*; <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/martin-callanan-new-brexit-minister-eu-workers-agency-employees-pregnant-women-safeguards-a8027321.html> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Cracknell, Richard; McGuinness, Feargal; Rhodes, Chris (2011):** General Election 2010. Final Edition. Research Paper 10/36, 2 February 2011, House of Commons Library.
- Davies, Caroline (2019):** Anti-Brexiteers to spell out 'No to Boris' message on London march, in: *The Guardian* (20.7.2019), S. 7.
- Dhroodia, Azmina (2017):** We tracked 25,688 abusive tweets sent to women MPs – half were directed at Diane Abbott, in: *The New Statesman* (05.9.2017); <https://www.newstatesman.com/2017/09/we-tracked-25688-abusive-tweets-sent-women-mps-half-were-directed-diane-abbott> (aufgerufen am 12.10.2020).

- Dittert, Annette (2019):** Niemand sollte Mitleid mit May haben, in: *tagesschau.de* (24.5.2019); <https://www.tagesschau.de/ausland/may-kommentar-103.html> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Edgington, Tom (2019):** Brexit: What is the SNP's policy?, in: *BBC News* (24.4.2019); <https://www.bbc.co.uk/news/uk-scotland-46289739> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Elgot, Jessica (2018):** May was not opposed to 'go home' vans, official accounts suggest, in: *The Guardian online* (19.4.2018); <https://www.theguardian.com/uk-news/2018/apr/19/theresa-may-was-not-opposed-to-go-home-vans-official-accounts-suggest> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Elgot, Jessica; Walker, Peter (2016):** Andrea Leadsom challenged by trade union to explain views on workers' rights, in: *The Guardian online*; <https://www.theguardian.com/politics/2016/jul/06/andrea-leadsom-challenged-to-explain-views-on-workers-rights> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Europäisches Parlament (2019):** Gleichstellung von Männern und Frauen; <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/59/gleichstellung-von-mannern-und-frauen> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Evans, Albert (2019):** Brexit Party candidate Ann Widdecombe says no-deal Brexit wouldn't be as bad as the 'sacrifice of World War Two', in: *inews* (9.5.2019); <https://inews.co.uk/news/uk/brexit-party-candidate-ann-widdecombe-no-deal-sacrifice-world-war-two/> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Evening Standard (2019):** The Londoner: Bitchin' response to the Brexit ladies; <https://www.standard.co.uk/news/londoners-diary/the-londoner-bitchin-response-to-the-brexit-ladies-a4096641.html> (aufgerufen am 23.10.2020).
- Gil, Natalie (2019):** All The Ways Brexit Will Affect Women In The UK; <https://www.refinery29.com/en-gb/2019/01/22/1450/brexit-women-uk#slide-2> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Government Digital Service (2019):** Ministers; <https://www.gov.uk/government/ministers> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Guerrina, Roberta; Murphy, Hailey (2016):** 'Strategic Silences in the Brexit Debate: Gender, Marginality and Governance', in: *Journal of Contemporary European Research* 12 (4), S. 872–880.
- Hawkins, Oliver; Keen, Richard; Nakatudde, Nambassa (2015):** General Election 2015. Briefing Paper Number CBP7186, 28 July 2015, House of Commons Library.
- Heynes, Suyin (2020):** The U.K. Government Has Finally Responded on Gender Recognition for Trans People. LGBT Groups Say It's 'Lackluster', in: *TIME* (22.9.2020); <https://time.com/5891598/gender-recognition-act-reform-uk/> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Hinsliff, Gaby (2018):** Sophie Walker – 'The age of lad culture set us back a lot', in: *The Guardian* (23.9.2018); <https://www.theguardian.com/politics/2018/sep/23/sophie-walker-womens-equality-party-interview> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Honeyball, Mary; Manzur, Hannah (2019):** Women & Brexit: Assessing the Impact of Brexit on Women and Gender Equality in the UK; <http://womenandbrexit.com/wp-content/uploads/2019/10/Women-Brexit-Report.pdf> (aufgerufen am 12.10.2020).
- House of Commons Library (2018):** Membership of UK political parties (3.9.2018); <https://researchbriefings.parliament.uk/ResearchBriefing/Summary/SN05125#fullreport> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Hojić, Aida A.; True, Jacqui (2017):** Brexit as a scandal: gender and global Trumpism, in: *Review of International Political Economy*, Volume 24, 2017 – Issue 2, S. 270–287.
- Hupkau, Claudia (2020):** Women more likely than men to lose their jobs, take on extra housework and childcare in the Covid-19 economic crisis (14.5.2020); <https://www.lse.ac.uk/News/Latest-news-from-LSE/2020/e-May-20/Women-and-COVID-19> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Iakhnis, Evgeniia; Rathbun, Brian; Reifler, Jason; Scotto, Thomas J. (2018):** Populist referendum: Was 'Brexit' an expression of nativist and anti-elitist sentiment?, in: *Research and Politics*; <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/2053168018773964> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Kommenda, Niko; Smeras, Lydia; Mohdin, Aamna (2019):** Women show resistance to Johnson's bumbling charms. In: *The Guardian* (20.7.2019), S. 1f.
- Lang, Juliane; Petersen, Ulrich (2019):** Antifeminismus in Deutschland. Einführung und Einordnung des Phänomens, in: *Feindbild Emanzipation. Antifeminismus an der Hochschule* (2019), S. 8–16; <https://asta-frankfurt.de/sites/default/files/dateien/feindbild-emanzipation-antifeminismus-hochschule/feindbildemanzipation-web2.pdf> (aufgerufen am 12.10.2020).
- Lawson, Neil (2018):** The Causes and Cures of Brexit; <https://www.compassonline.org.uk/publications/the-causes-and-cures-of-brexit/> (aufgerufen am 12.10.2020).

Leitel, Kerstin; Riedel Donata (2019): Brexit-Bilanz: So hoch sind die Kosten des EU-Austritts bisher, in: *Handelsblatt* (2.11.2019); verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/international/grossbritannien-brexite-bilanz-so-hoch-sind-die-kosten-des-eu-austritts-bisher/25176154.html> (aufgerufen am 12.10.2020).

Lichfield, John (2017): Boris Johnson's £350m claim is devious and bogus. Here's why, in: *The Guardian* (18.9.2017); verfügbar unter <https://www.theguardian.com/commentisfree/2017/sep/18/boris-johnson-350-million-claim-bogus-foreign-secretary> (aufgerufen am 12.10.2020).

McRobbie, Angela (2018): Anti-feminism and anti-gender far right politics in Europe and beyond; <https://www.opendemocracy.net/en/can-europe-make-it/anti-feminism-and-anti-gender-far-right-politics-in-europe-and-be/> (aufgerufen am 12.10.2020).

Merrick, Robert (2017): Theresa May speech 'could have been taken out of Mein Kampf', Vince Cable says, in: *The Independent* (5.7.2017); <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/theresa-may-mein-kampf-adolf-hitler-nazi-vince-cable-liberal-democrat-conservatives-a7825381.html> (aufgerufen am 12.10.2020).

Ministry of Justice (2019): Upskirting law comes into force (12.4.2019); <https://www.gov.uk/government/news/upskirting-law-comes-into-force> (aufgerufen am 12.10.2020).

Morillas, Pol (2017): Setting the Brexit agenda: Populism and UKIP in the United Kingdom; https://www.cidob.org/en/articulos/cidob_report/n1_1/setting_the_brexit_agenda_populism_and_ukip_in_the_united_kingdom (aufgerufen am 12.10.2020).

Notz, Gisela (2015): *Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes*. 1. Auflage 2015.

Pearson, Allison (2016): Why the Brexit referendum will be swung by the horrific events in Cologne, in: *The Telegraph* (12.1.2016); <https://www.telegraph.co.uk/news/politics/12095265/Why-the-Brexit-referendum-will-be-swing-by-the-horrific-events-in-Cologne.html> (aufgerufen am 12.10.2020).

Portes, Richard (2017): „I think the people of this country have had enough of experts“; <https://www.london.edu/think/who-needs-experts> (aufgerufen am 12.10.2020).

Razzall, Katie; Yasminara, Khan (2018): Far-Right and far-left extremists use abuse for own agenda Sarah Champion, in: *BBC* (20.12.2018); <https://www.bbc.co.uk/news/uk-46635022> (aufgerufen am 12.10.2020).

Reis, Sara (2019): The impact of austerity on Women in the UK. Women's Budget Group; <https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Development/IEDebt/WomenAusterity/WBG.pdf> (aufgerufen am 12.10.2020).

Ross, Tim (2016): Nigel Farage: Migrants could pose sex attack threat to Britain, in: *The Telegraph* (04.6.2016); <https://www.telegraph.co.uk/news/2016/06/04/nigel-farage-migrants-could-pose-sex-attack-threat-to-britain/> (aufgerufen am 12.10.2020).

Sanders-McDonagh, Erin (2019): Women UKIP supporters and Brexit; <https://ukandeu.ac.uk/women-ukip-supporters-and-brexite/> (aufgerufen am 12.10.2020).

Shorrocks, Rosalind; Fowler, Ceri (2019): New deal, no deal, second referendum – what do women want from Brexit?; <https://ukandeu.ac.uk/what-do-women-want-from-brexite/> (aufgerufen am 12.10.2020).

Stewart, Heather (2017): Women bearing 86% of austerity burden, Commons figures reveal, in: *The Guardian*, 9th March 2017; <https://www.theguardian.com/world/2017/mar/09/women-bearing-86-of-austerity-burden-labour-research-reveals> (aufgerufen am 12.10.2020).

Stewart, Heather; Mason, Rowena (2016): Nigel Farage's anti-migrant poster reported to police, in: *The Guardian*, 16th June 2016; <https://www.theguardian.com/politics/2016/jun/16/nigel-farage-defends-ukip-breaking-point-poster-queue-of-migrants> (aufgerufen am 12.10.2020).

Syal, Rajeev (2018): Kate Hoey under pressure from Labour after siding with Tories, in: *The Guardian* (18.7.2018); <https://www.theguardian.com/politics/2018/jul/18/kate-hoey-under-pressure-from-labour-after-siding-with-tories> (aufgerufen am 12.10.2020).

The Economist (2019): Britain is dangerously fertile ground for the far right, in: *The Economist* (11.4.2019); <https://www.economist.com/britain/2019/04/11/britain-is-dangerously-fertile-ground-for-the-far-right> (aufgerufen am 12.10.2020).

The Independent (2018): Final Say: The misinformation that was told about Brexit during and after the referendum (28.7.2018); <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/final-say-brexit-referendum-lies-boris-johnson-leave-campaign-remain-a8466751.html> (aufgerufen am 12.10.2020).

Trades Union Congress (2008): Organising against FASCISM in the workplace; https://www.tuc.org.uk/sites/default/files/extras/tuc_fascism.pdf (aufgerufen am 12.10.2020).

Trades Union Congress (2016): UK employment rights and the EU. Assessment of the impact of membership of the European Union on employment rights in the UK; <https://www.tuc.org.uk/sites/default/files/UK%20employment%20rights%20and%20the%20EU.pdf> (aufgerufen am 12.10.2020).

Trades Union Congress (2020): Tackling the far right; <https://www.tuc.org.uk/campaigns/tackling-far-right> (aufgerufen am 12.10.2020).

UKIP Manifesto (2017): Britain Together; https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/ukipdev/pages/3944/attachments/original/1495695469/UKIP_Manifesto_June2017opt.pdf (aufgerufen am 23.11.2020)

UKIP Manifesto (2019): Manifesto For Brexit And Beyond; https://irp-cdn.multiscreensite.com/f6e3b8c6/files/uploaded/manifesto_complete.pdf (aufgerufen am 12.10.2020).

UKIP (2020): Spokespeople; <https://www.ukip.org/spokespeople> (aufgerufen am 12.10.2020).

Walker, Peter (2019a): Brexit party candidate favoured benefit cuts for single mothers, in: *The Guardian online*; <https://www.theguardian.com/politics/2019/may/17/brexit-party-candidates-book-favoured-benefit-cuts-for-single-mothers> (aufgerufen am 12.10.2020).

Walker, Peter (2019b): Leader of Nigel Farage's party resigns over anti-Islam messages, in: *The Guardian online* (20.3.2019); <https://www.theguardian.com/world/2019/mar/20/leader-of-pro-brexit-party-catherine-blaiklock-resigns-over-anti-islam-messages> (aufgerufen am 12.10.2020).

Walker, Peter (2019c): Ukip MEP candidate blamed feminists for rise in misogyny, in: *The Guardian online*; <https://www.theguardian.com/politics/2019/apr/22/ukip-mep-candidate-carl-benjamin-blamed-feminists-for-rise-in-male-violence> (aufgerufen am 12.10.2020).

Weaver, Matthew (2019): Nigel Farage defends Ann Widdecombe over gay therapy comments, in: *The Guardian* (4.6.2019); <https://www.theguardian.com/politics/2019/jun/04/nigel-farage-defends-ann-widdecombe-over-gay-therapy-comments> (aufgerufen am 12.10.2020).

YouGov (2019): What do the public think about a "No Deal" Brexit? (4.4.2019); <https://yougov.co.uk/topics/politics/articles-reports/2019/04/04/what-do-public-think-about-no-deal-brexit> (aufgerufen am 12.10.2020).

AUTORINNEN

Juliane Itta ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in London. Dort managt sie deutsch-britische Dialogprojekte für Parlamentarier_innen, Gewerkschafter_innen und Vertreter_innen der Zivilgesellschaft zu unterschiedlichen politischen Themen. Vor ihrer Tätigkeit für die FES arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin für den Europaabgeordneten Arne Lietz. Dabei leitete sie seine Wahlkreisarbeit, betreute inhaltlich seine parlamentarische Arbeit im Unterausschuss für Sicherheits- und Verteidigungspolitik und bereitete Diskussionsrunden und Veranstaltungen zu europapolitischen Themen vor.

Nicole Katsioulis ist Sozialwissenschaftlerin und leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in London, Großbritannien. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht der Brexit, die deutsch-britischen Beziehungen und die sozialökologische Transformation der Gesellschaft. Von 2012 bis 2017 leitete sie das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Athen, Griechenland. Dies umfasste die Durchführung von Projekten zur Politikberatung, zum deutsch-griechischen Dialog und zur Versöhnungsarbeit zwischen beiden Ländern. In Athen initiierte und leitete sie auch einen Arbeitskreis zum Kampf gegen Rechtsextremismus.

IMPRESSUM

2020

ISBN 978-3-96250-719-0

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17 • 10785 Berlin

Autorinnen: Juliane Itta, Nicole Katsioulis

Redaktion: Kim Krach • Friedrich-Ebert-Stiftung, Elisa Gutsche

Ansprechperson: Kim Krach (kim.krach@fes.de)

Gestaltung: Dominik Ziller • DZGN

Druck: Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Gedruckt auf RecyStar Polar, 100 Prozent Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung seitens der FES nicht gestattet.

© 2020 Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft
www.fes.de

Die Studienreihe *Triumph der Frauen? Das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus und -extremismus in ausgewählten Ländern* finden Sie im Internet unter:

<https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend/gender/triumph-der-frauen-ii>

Die Studienreihe wird laufend erweitert.

Bisher erschienen ist:

› 01 *Antifeminismus in Deutschland in Zeiten der Corona-Pandemie* (2020)

› 02 *Fallstudie Vereinigtes Königreich und der Brexit* (2020)

Den Studienband *Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe* (2018)

finden Sie auf Deutsch und Englisch im Internet unter

<https://www.fes.de/lnk/3yh>

www.fes.de

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Politik
und Gesellschaft